

Die damit verbundene Arbeit wird nur wirksam, wenn die Binnenzollämter ihrer Verantwortung voll gerecht werden.

(Beifall bei SPD, bei PDS und DBD/DFD)

Und ich stelle deshalb an den Herrn Innenminister die Frage, inwieweit die Binnenzollämter auf der Grundlage der Arbeit des Amtes für landwirtschaftliche Marktordnung und des vorliegenden Gesetzentwurfes ihre Arbeit darauf eingerichtet haben, daß die notwendigen Maßnahmen auch kontrolliert werden und damit auch eine entsprechende staatliche Kontrolle gewährleistet wird.

(Beifall bei SPD und DBD/DFD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Das war ja eigentlich keine Frage, sondern eher ein Statement, und dem Innenminister wird es sicher übermittelt, kann aber jetzt natürlich, da er nicht da ist, auch nicht beantwortet werden. Danke schön für den Beitrag.

Die Fragestunde ist damit beendet. - Ich will Ihnen zur Kenntnis geben, daß die Fraktion der PDS an den Ministerrat einen Antrag gestellt hat und die Einsetzung einer Regierungskommission unter Beteiligung von Abgeordneten der Volkskammer fordert, die die Probleme der Preisentwicklung und der Warenversorgung im Handel untersucht und schnelle Lösungsangebote unterbreitet. Die hier zuständigen Minister werden diese Angelegenheit bedenken. Daß Schritte in der Richtung bereits gegangen sind, ist in dieser Fragestunde deutlich geworden.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar soll es sich hierbei um den Tagesordnungspunkt handeln, den wir vertagt haben. Er steht auf Ihrer Tagesordnung unter dem Tagesordnungspunkt 14:

Aussprache über den Bericht der Parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorgänge auf dem Energiesektor

Dazu hat als erster Redner das Wort der Abgeordnete Dörfler von der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

Dr. Dörfler für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Wie bereits im Bericht der Sonderarbeitsgruppe durch Dr. Richter gestern ausgeführt, wurde der Energievertrag zwischen der DDR und den 3 größten bundesdeutschen Energiekonzernen im Rahmen der Sonderarbeitsgruppe nicht behandelt. Dennoch liegt hier ein außerordentlicher Handlungsbedarf vor.

Es ist kein Zufall, daß große Teile dieses Hauses fraktionsübergreifend diesem Vertrag mit Sorge entgegensehen. Bedenken werden aber auch aus anderen Richtungen laut.

Das Bundeskartellamt ist dabei, diese angestrebte wettbewerbsgefährdende Elefantenhochzeit kritisch zu prüfen. Auch der Präsident des Verbandes Kommunalen Unternehmen, der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, sieht Gefahren und sprach von einem „Knebelungsvertrag“.

Es wäre zunächst der Frage nachzugehen, ob im Falle dieses diskutierten Vertrages nicht eine Kompetenzüberschreitung des Ministers vorliegt. Es heißt auf der ersten Seite wie folgt:

„Vertrag zwischen der DDR, vertreten durch den Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, Prof. Dr. Steinberg, zugleich handelnd für die Treuhandanstalt zur Verwaltung des Volkseigentums“

Wie kann ein Minister für eine Treuhandanstalt handeln, und es geht hier um einen beträchtlichen Teil des Volksvermögens, wenn die Treuhand noch gar nicht arbeitsfähig ist, wenn die Satzung fehlt und der Verwaltungsrat noch nicht gewählt ist?

Darüber hinaus widerspricht der Vertrag der Kommunalverfassung der DDR. Interessant ist auch der Widerspruch zum Artikel 28 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Artikel gibt den Kommunen Rechte zur Gestaltung ihrer Energieversorgung in eigener Hoheit. Nicht zuletzt kollidiert der Vertrag mit der Koalitionsvereinbarung zwischen den Re-

gierungsparteien. Der angeblich in der Endphase der Verhandlung befindliche Energievertrag wird - tritt er in Kraft - erhebliche energiepolitische und ökologische Konsequenzen auf Jahre und Jahrzehnte nach sich ziehen.

1. Der Vertrag schreibt ein totales privates Energiemonopol mit Preisdiktat fest. Die BRD ist keineswegs ein energiepolitisches Musterland, aber immerhin werden dort 1000 Energieversorgungsunternehmen gezählt, darunter 650 Stadtwerke, 50 Regionalunternehmen und 8 große elektrische Verbundgesellschaften. Das bedeutet eine relative Vielfalt, das bedeutet in Grenzen Wettbewerb in der Energieerzeugung und -Verteilung.

Nun wollen aber die drei größten bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen den ganzen DDR-Energiekuchen schlucken, zumindest aber die „größere Hälfte“. Das heißt, die absolute Mehrheit an Aktien sowie in den Vorständen. Das gesamte Konzept zielt auf eine Privatisierung der Gewinne und auf eine Sozialisierung der Kosten.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Zur Untermauerung: Es ist erstens eine Freistellung der Energieversorgungsunternehmen von den Altlasten vorgesehen. Zweitens, und das ist besonders pikant, die Kernkraftwerksblöcke 1 bis 4 in Greifswald werden von diesem Großauftrag zur Geschäftsbesorgung nicht erfaßt. Ganz offensichtlich besteht hier kein Interesse an diesen Blöcken. Ebenso ausgeklammert werden zunächst die Blöcke 5 bis 8 in Greifswald sowie 1 und 2 in Stendal. Eine Übernahme soll allerdings erfolgen, sobald eine Dauerbetriebsgenehmigung sowie der Garantienachweis des Generalunternehmers vorliegen, sobald also dem großen Geldverdienenden nichts mehr im Wege steht.

(Beifall)

Als schwerwiegend muß ich die ökologischen Bedenken an der eingeschlagenen Energiepolitik bezeichnen. Es dreht sich fast alles um die Stabilisierung der immensen Energieverschwendung. Ich höre nichts von Energiesparkonzepten, obwohl in allen Bereichen, von der Energiebereitstellung bis zum kleinsten Endverbraucher, unvorstellbar große Mengen an Energie einzusparen sind. Durch intelligente und reizvolle Tarife und Sparprämien lassen sich ganze Kraftwerke und deren Umweltbelastung vom Tagebau bis zum Kohlendioxid-Ausstoß einsparen.

Noch ein letztes Wort zum Winter, auf den nicht ohne Drohgebärden verwiesen wurde, falls wir die Energiepolitik nicht gut finden. Der Elektroenergieverbrauch lag nach meinen Informationen im ersten Quartal 1990 um 16 % niedriger als im Vergleichszeitraum. Die abgeschalteten Stromfresser, z. B. in der Karbidchemie, werden mit Sicherheit nicht wieder ans Netz gehen. Viel mehr ist zu erwarten, daß weitere stromintensive Anlagen schon aus wirtschaftlichen Gründen abgefahren werden. Rationalisierungen und Innovationen können und müssen den Energieverbrauch weiter senken. Der spezifische Stromverbrauch ist in der DDR nahezu doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Der spezifische Fernwärmebedarf pro m² ist zwei bis dreimal so hoch. Um von diesem Verschwendungsniveau endlich herunterzukommen, sind vielfältige, ich betone vielfältige, das heißt nicht monopolartige dezentrale Engagements gefragt.

Gestern hatten wir in diesem Haus den Direktor der Essener RWE AG, Dr. Straßburg, zu Gast. In einem Informationsgespräch gab er freimütig zu, daß das Argument „strenger Winter“ nicht stichhaltig ist. Bis zum Einzug des Winters werden kaum elektrische Leistungen zusätzlich zu installieren sein. Sollte es zu einer Notsituation in der DDR im Winter kommen, so werde nach Aussagen von Dr. Straßburg auch RWE ohne Unterzeichneten Vertrag in der jetzt vorliegenden Form unbedingt helfen, das sei man dem Firmenimage schuldig.

(Beifall, vor allem bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Die Drohung mit dem Winter kommt dem Verhalten eines Versicherungsagenten gleich, der einem Versicherungskunden das Bild eines schweren Unfalls in allernächster Zeit ausmalt, um schnellstmöglich zu einem Vertragsabschluß zu kommen. Für solche Haustürgeschäfte kann ich meine Zustimmung nicht geben.